

Invasoren „flüchten“ aus unsicherem Thüringen



☒ Wäre der Irrsinn, den Merkel über Deutschland gebracht hat, nicht so fatal, müsste man allmählich gut unterhalten sein ob der lächerlichen, dreisten Argumente der Asylbetrüger. Seit einigen Tagen hat eine Gruppe angeblicher Flüchtlinge und linker Unrechtsbefürworter vor dem Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen (NRW) Stellung bezogen. Davor waren rund 100 der Invasoren frech bei der Ratssitzung am Donnerstag anwesend gewesen. Die meisten haben zwar wohl kein Wort des dort Gesagten verstanden, aber darum geht es auch gar nicht, es sollte eine Machtdemonstration gegen deutsches Recht sein. Der Protest richtet sich gegen das Bundesintegrationsgesetz und die Stadt, die diese Personen, die in anderen Teilen Deutschlands registriert wurden, wieder dahin zurück schicken will.

(Von L.S.Gabriel)

Derzeit treibt es viele Asylforderer aus anderen Landesteilen nach NRW. Dort, so wird ihnen offenbar von Linken versprochen, hätten sie es leichter als anderswo.

Laut Gesetz müssen auch anerkannte „Flüchtlinge“ drei Jahre an dem ihnen von den Behörden zugewiesenen Ort bleiben. Jene, die jetzt in Gelsenkirchen den Aufstand proben, halten sich dort also widerrechtlich auf, haben entschieden, dass deutsche Gesetze sie nichts angehen und wollen nun das Unrecht erpressen, denn das Job-Center verweigert ihnen weitere

Zahlungen.

Regie bei dem Spektakel führt „AUF Gelsenkirchen“, ein linkes Wählerbündnis. Immer wieder werden die Invasoren von dieser Seite her aufgewiegelt.

Einer der Erpresser, der in Eisenach anerkannt wurde und dorthin zurückkehren sollte, begründet sein Begehren damit, dass er in Thüringen mit seiner Kopftuchfrau nicht sicher sei. Sein Ortsbild veränderndes Eigentum ist dort wohl angesprochen worden.

Jetzt „flüchten“ die angeblich Schutzsuchenden nicht nur über zig sichere Länder nach Germany, nein, jetzt wird auch schon innerhalb Deutschlands „geflohen“. Deutsche Gesetze sind ihnen egal, nur das Geld und die deutsche Rundumversorgung würden sie dann aber schon anmahnen, schließlich sind sie ja Gäste der Kanzlerin.